

## TOP: 4

**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

**Federführendes Amt** :Hauptamt

Datum

27.04.2018

Drucksache-Nr.:01-28-2018

### Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	03.05.2018					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Keine vorzeitige Betreuung der Vorschulkinder der Kita Rhinstrolche, Alte Wallstraße 2, im Hort Rhinstrolche, Straße der Einheit 2**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:

1. Von einer vorzeitigen Betreuung ab 07.05.2018 der Vorschulkinder der Kita Rhinstrolche im Hort Rhinstrolche ist abzusehen.
2. Vielmehr hat die Stadt Kremmen den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (hier: Landkreis Oberhavel) aufzufordern, seiner Amtspflicht, eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen selbst zu schaffen oder durch geeignete Dritte - freie Träger der Jugendhilfe, Kommunen oder Tagespflegepersonen - bereitzustellen, unverzüglich nachzukommen.
3. Der aktuelle Bedarf an Krippenplätzen ist durch ALLE im aktuellen Bedarfsplan der Stadt Kremmen (durch die SVV beschlossen am 12.12.2013, gültig bis 2020) aufgeführten Einrichtungen individuell und bedarfsgerecht zu decken. Die angemessene Erreichbarkeit des Betreuungsplanes ist für alle Kitas gegeben.

### Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Fraktion SPD/Bündnis 90-Die Grünen, UWG/LGU-Fraktion

Bearbeiter :Frau Haak

.....  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

#### Problembeschreibung/Begründung

Die Verwaltung der Stadt Kremen beabsichtigt, die Vorschulkinder der Kita Rhinstrolche schon ab dem 07.05.2018 entgegen der Pädagogischen Konzeption der Kita im Hort Rhinstrolche betreuen zu lassen. Dies führt dazu, dass Krippenplätze frei werden, weil ein Teil der Krippenkinder (0-3J) ebenfalls frühzeitig in die altersgemischten Gruppen der Kita (3 J-Schuleintritt) wechseln. Damit der Betreuungsschlüssel weiterhin stimmt, wechselt mind. 1 Erzieher der Kita in den Hort. Dies führt automatisch zu einer Erhöhung der Arbeitszeit einiger bisheriger Kitaerziher bzw. könnte in der Einstellung weiterer Erzieher münden, weil die Krippen- und Kitaplätze wieder mit Kindern aufgefüllt werden. Ebenfalls ist nicht auszuschließen, ob es evtl. zu Kosten im Zuge der Änderung von Hortgebäude und Einrichtung kommt. In die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fällt nach § 28 Abs. 2 Punkt 19 BbgKVerf *"die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung öffentlicher Einrichtungen"*. Das die Absicht der Verwaltung zu einer Einschränkung des Hortes führt, ist selbstredend. Ebenfalls ist mit einer Auswirkung auf den Haushalt 2018 zu rechnen. Diesbezüglich ist es als gegeben zu betrachten, die Stadtverordneten vor Beginn zu beteiligen.

Am 22.03.2018 hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg wie folgt geurteilt (OVG 6 S 2.18): *"Der Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege aus § 24 Abs. 2 SGB VIII besteht nicht nur im Rahmen vorhandener Kapazitäten, sondern verpflichtet den Träger der öffentlichen Jugendhilfe dazu, die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen (vgl. BVerwG, Urteil vom 26. Oktober 2017 - 5 C 19/16-). Frachkräftemangel und andere Schwierigkeiten entbinden nicht von der gesetzlichen Pflicht, Kindern, die eine frühkindliche Betreuung in Anspruch nehmen möchten, einen dem individuellen Bedarf gerecht werdenden Betreuungsplatz anzubieten."* (Leitzatz).

Bei Randziffer 11 steht: *"In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, der sich der Senat anschließt, ist geklärt, dass der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung keinem Kapazitätsvorbehalt unterliegt. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist verpflichtet zu gewährleisten, dass ein dem Bedarf in qualitativer und quantitativer Hinsicht gerecht werdendes Angebot an Fördermöglichkeiten in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorgehalten wird. Er hat gegebenenfalls die vorhandenen Kapazitäten so zu erweitern, dass **sämtlichen anspruchsberechtigten Kindern ein ihrem Bedarf entsprechenden Betreuungsplatz nachgewiesen werden kann** (BVerwG, Urteil vom 26. Oktober 2017 - 5 C 19/16 - juris Rn 34 f.; vgl. auch OVG Bautzen, Beschluss vom 7. Juni 2017 - 4 B 100/17 - juris Rn. 7). Die Amtspflicht, einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen, besteht nicht nur im Rahmen der vorhandenen Kapazität. Den **gesamtverantwortlichen Jugendhilfeträger trifft vielmehr die unbedingte Pflicht, eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen selbst zu schaffen oder durch geeignete Dritte -freie Träger der Jugendhilfe, Kommunen oder Tagespflegepersonen - bereitzustellen** (vgl. BVerfG, Urteil vom 21. November 2017 - 2 BvR 2177/16 - juris Rn. 134; vgl. auch VGH München, Urteil vom 22. Juli 2016 - 12 BV 15.719 - juris Rn. 27)."* Desweiteren in Randziffer 12: *"Fachkräftemangel und andere Schwierigkeiten entbinden nicht von der gesetzlichen Pflicht, Kindern, die eine frühkindliche Betreuung in Anspruch nehmen möchten, einen dem individuellen Bedarf gerecht werdenden Betreuungsplatz anzubieten."*

Die Argumentation aufgrund des bestehenden Kita-Vertrags zwischen den Kommunen des Landkreises Oberhavel (LK OHV) und dem LK OHV, der LK OHV sei für die Kitabedarfsplanung nicht zuständig, führt ins Leere. Wir verweisen auf § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 1 Kita-Vertrag. Am 21. November 2017 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil (2 BvR 2177/16) festgestellt, dass *"Bei der Planungsverantwortung im Sinne des § 80 SGB VIII handelt es sich um eine nicht delegierbare, gesetzliche Verpflichtung der Träger öffentlicher Jugendhilfe zur Planung (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 80 Rn. 8; vgl. Hilke, in: Hauck/Noftz. SGB VIII, Werksstand 03/13, juris, § 80 Rn 4), mit der diese ihre Gewährleistungsverpflichtung gemäß § 79 SGB VIII realisieren."* (Randziffer 99) Zusätzlich steht: *"Eine Aufgabenzuweisung an die Kommunen ist damit jedoch nicht verbunden (§ 69 Abs. 1 SGB VIII) und darf es von Verfassungswegen auch nicht sein (Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG)."* (Randziffer 119). Demnach sei die im Kita-Vertrag OHV getroffene Regelung verfassungswidrig und verstößt ebenfalls gegen Bundesgesetz, denn § 80 Abs. 1 Punkt 3 SGB VIII besagt, dass *"die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann"*. Ebenfalls stellt die Regelung einen Verstoß gegen Landesgesetz dar. § 12 Abs. 1 KitaG besagt zwar, dass *"Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die Aufgabe, die Kindertagesbetreuung nach § 1 zu gewährleisten. Kreisangehörige Gemeinden und Ämter können sich durch öffentlich-rechtlichen Vertrag verpflichten, in ihrem Gebiet die Aufgabe für den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen... In dem öffentlich rechtlichen Vertrag ist die Kostenerstattung zu regeln."*

Bei dem Kita-Vertrag OHV handelt es sich um einen solchen öffentlich-rechtlichen Vertrag, der jedoch unrechtmäßig (wie oben aufgeführt) Planungsaufgaben auf die Kommunen überträgt (siehe § 2 Abs. 1 Kita-Vertrag). Ein solcher Vertrag dürfte sich aber NUR auf die Gewährleistung der Kindertagesbetreuung beziehen und nicht auf die in § 12 Abs. 3 KitaG geregelte Erstellung des Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung. Dies obliegt ausdrücklich dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, d.h. dem LK OHV.

.....

.....